

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Bieteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Bezeich-
nungs- und Berichts-Anzeigen 20 Pf.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Am Zuchthaus vorbei.

(Fünf Jahre. III.)

Für das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ist es durch-
aus kennzeichnend, daß der große Vorstoß des Zuchthauskurzes
gerade in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs erfolgte. Die
Aufträge waren zahlreich, die Gewinnaussichten glänzend, und das
Kapital schrie nach Arbeiterfleiß, das es zu Mehrwert verarbeiten
konnte. Andererseits hatten aber die gewerkschaftlichen Organisationen
Kraft und Geschick gewonnen, um die Konjunkturen des Weltmarkts
auf dem Arbeitsmarkt einzugreifen und zur Geltung bringen zu
können. Darum entwickelte sich der Haß gegen die lästigen
Kartelle der Arbeitskraft am lebhaftesten bei den prosperie-
renden Großunternehmern und bei den Arbeitgebern des gut
besoldeten Baugewerbes. Die alte Liebe der Kapitalisten für den
nimmermüden „Arbeitswilligen“, den Streikbrecher, stammte
gerade zu jener Zeit auf, da die verhältnismäßig reichliche Arbeits-
gelegenheit den Verrat des Arbeiters an seinen Kollegen auch nicht
durch äußerste Not entschuldigen ließ.

Wenn sich das Scharfmachertum in seinem Feldzug gegen die
Arbeiterorganisationen gleichwohl eine vollständige Niederlage zu-
zog, so war diese Thatsache nicht so sehr der sozialpolitischen Einseitig-
keit des Reichstages geschuldet, als der ungeschickten Strategie der Heer-
führer in diesem Kriege, der großkapitalistischen Scharfmacherei.
Diese glaubte ihren Plänen nicht besser dienen zu können als dadurch,
daß sie das empfindliche Gemüt des deutschen Kaisers, für sie be-
geisterte. Die Gefügigkeit des Kaisers, alle seine Empfindungen in
ausdrucksvollen Reden ausklingen zu lassen, alarmierte einerseits die
Opposition vorzeitig, andererseits zwang sie die Regierung, die
Einschiebung eines kaiserlichen Verordnungs zur Verhütung, dem der
Reichstag, der ja doch vom Volke gewählt wird, ohne Selbstmord
zu begehen unmöglich seine Zustimmung geben konnte.

Fast genau ein Jahr schon vor den letzten Reichstagswahlen
hatte Wilhelm II. in einem Trinkspruch auf dem Sparenberg
sein Programm dahin entwickelt:

„Müßiggänger, die sich unter dem Vorwand der Arbeit
zu verhalten, an freiwilliger Arbeit zu hindern.“

Im Sommer desselben Jahres wurde Herr v. Bötticher im
Reichsamt des Innern durch den Grafen v. Pofadowsky, des
Liebling der Götter, Scharfmacher und Vrotzöllner, ersetzt. Der gute
Graf machte sich sofort an die befohlene Arbeit und erließ noch im
selben Jahre ein Rundschreiben an die einzelnen Landesministerien,
darin auch um Material für eine Vorlage zum Schutz der Streik-
brecher gebeten wurde. Dieses Material ist später in der be-
rühmten Moritzhagen-Denkchrift über den Terrorismus der
streikenden Arbeiter niedergelegt worden. Natürlich fand das Rund-
schreiben, noch heute von Lutz, seinen Weg in die Redaktion des
„Vorwärts“. Die feindlichen Batterien waren vollständig demaskiert
und der Angriff auf sie begann.

Dazwischen fielen die Reichstagswahlen vom 16. Juni 1898.
Koch vor Zusammentritt des Reichstages aber hielt Wilhelm II.,
am 6. September, noch einen Trinkspruch, diesmal in Dynhausen.
Der Kaiser erinnerte an sein Versprechen von Wiesbaden und
charakterisierte dabei den Inhalt der bevorstehenden Regierungs-
vorlage dahin, daß jeder, der einen Arbeitswilligen an seiner Arbeit
zu hindern versuche oder gar zu einem Streik anreize, mit Zucht-
haus bestraft werden solle.

So gut diese Rede auch im Interesse dessen gemeint war, was
man die „nationale Arbeit“ zu nennen pflegt, so war damit den
Arbeitgebern das Geschäft dennoch völlig verdorben. Selbst Graf
Pofadowsky, sonst zu allem bereit, geriet in Verlegenheit, wie er
das zuwege bringen sollte! Fast schien es, als ob die verpöbelte
Vorlage, die schon als Zuchthausvorlage in der ewigen
Erinnerung der Arbeiter lebt, für alle Zeiten erledigt wäre. Wange
neun Monate verstrichen.

Endlich kam sie, am 20. Mai 1899, zuerst angekündigt vom
„Vorwärts“. Die beiden ersten Paragraphen bedrohten mit Ge-
fängnis bis zu einem Jahre denjenigen, der „es unternimmt,
durch körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung oder Verur-
sachung der Arbeitskraft oder Arbeitnehmers zur Teilnahme an Ver-
einigungen oder Verabredungen, die eine Einwirkung auf Arbeits-
oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu bestimmen oder von der Teil-
nahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abzuhalten“,
ferner denjenigen, der durch gleiche Mittel (Zwang usw.) Arbeitgeber
zur Entlassung von Arbeitern, Arbeitnehmers zur Niederlegung der
Arbeit zu bestimmen oder einen der beiden Teile zur Nachgiebigkeit
zu bewegen versuche.

Eine „Ehrverletzung oder Verurteilung“ eines Streik-
brechers sollte also mit einem Jahre Gefängnis bestraft werden
können.

Der Paragraph 3 bedrohte Personen, die sich „zu m Ge-
schäfte machen“, Handlungen der in den beiden ersten Pa-
ragraphen bezeichneten Art zu begehen, mit Gefängnis nicht
unter drei Monaten. Der Paragraph 4 interpretierte den Begriff
„Zwang“ dahin, daß schon die Beschädigung oder Vorenthaltung von
Arbeitsgerät, Arbeitsmaterial, Arbeitserzeugnissen oder Kleider-
stücken (!) in seinen Bereich fiel. Als „Drohung“ war aber auch
schon das bloße Streikposten stehen aufzufassen!

Waren diese Strafkarten „geeignet“, die Sicherheit des
Reiches, eines Bundesstaates, von Menschenleben und Eigentum zu
gefährden, so sollte nach § 8 auf Gefängnis nicht unter einem Monat,
für die „Mißleitenden“ nicht unter drei Monaten erkannt werden.

So ungeschicklich auch alle diese Bestimmungen klingen, so ist
in ihnen doch immer nur vom Gefängnis die Rede. Erst der

zweite Absatz des § 8 droht mit dem Zuchthaus. Allerdings wurde
die bloße Anregung zum Streik — entgegen dem kaiserlichen Ver-
sprechen — durch den Gesetzesentwurf nicht mit Zuchthaus, noch
mit einer andren Strafe bedroht. Aber das Zuchthaus mußte
nun einmal in das Gesetz hinein. So heißt es denn im zweiten
Absatz des achten Paragraphen abenteuerlich genug:

„Infolge des Arbeiterausstandes oder der Arbeiter-
aussperrung eine Gefährdung der Sicherheit des Reiches oder
eines Bundesstaates eingetreten, oder eine gemeine Gefahr für
Menschenleben oder das Eigentum herbeigeführt worden, so ist
auf Zuchthaus bis zu drei Jahren, gegen Häufelstörer auf Zucht-
haus bis zu fünf Jahren zu erkennen.“

Das Schicksal der Vorlage ist bekannt; es war selbstverständlich,
noch ehe sie zur Beratung kam, ja, noch ehe mit ihrer Ausarbeitung
begonnen worden war. Die Trinksprüche des Kaisers hatten einen
andren Ausgang nicht erwarten lassen.

Noch im Juni 1899 hielt der Reichstag die erste Lesung; zum
Entsetzen des Grafen Pofadowsky wurde nicht einmal eine Kom-
missionsberatung für notwendig gehalten. Der Entwurf hätte
gleich in der ersten Lesung seinen Weg nach dem Ortus gefunden,
wenn die Geschäftsordnung des Hauses ein so unhöfliches Ver-
halten gegenüber den Vorlagen der verbündeten Regierungen gestatten
würde.

Als es aber am 20. November zur zweiten Lesung kam, zeigte
es sich, daß die Zahl der Abgeordneten, die dem Gedanken der
Zuchthausvorlage sympathisch gegenüber standen, durchaus nicht zu
unterschätzen war. Nur die „mittlere Linie“ konnte damals nicht ge-
funden werden, und so zerplitterte sich die Aktion. Von den
größeren bürgerlichen Parteien standen nur das Centrum und die
Freisinnigen geschlossen gegen das Gesetz. Konservative
und Freikonservative dagegen zeigten sich geneigt, den
paraphrasierten Unfuss in Wausch und Bogen anzunehmen. Die
Nationalliberalen konnten sich auch in diesem Falle die
gewohnte Schmach der Spaltung nicht ersparen. Ein
Scharfmacherischer Flügel der Opposition unter der Führung von
Köllner (dem jetzigen preussischen Handelsminister), Wäfling
und Sattler machte den Versuch, sich an der Zuchthausvorlage den Kuppel-
pelz zu verdienen. Unter lebhaftem Beifall des Herrn
v. Stumm versuchten sie „den berechtigten Kern“ des Regierungs-
entwurfs herauszuschälen. Diesen Kern umgab der schlaue Herr
v. Stumm mit einer Schale von Amendements, die den Inhalt der
Zuchthausvorlage wieder herstellen sollten. Das aberne parla-
mentarische Manöver mißlang vollständig, und unter Händelstischen
der Socialdemokratischen Arbeitervertreter fielen Amendements, Ver-
mittlungsanträge und Regierungsparagraphen wie ein Kartenhaus
zusammen. Das Händelstische war freilich nicht parlamentarisch;
aber gehört wurde es im Lande doch und weckte millionenfaches
Echo.

Erst später wurde bekannt, was sich zwischen erster und zweiter
Lesung im Geheimen zugetragen hatte. Graf Pofadowsky hatte noch
am Grabe die Hoffnung aufgezogen und hatte seinen berühmten
Beitrag zu Krupp, Stumm und Konforten unternehmen.
Die Herren schienen den Wunsch des Grafen nach den 12 000 Mark
als „Zwang oder Drohung“ im Sinne der Zuchthausvorlage em-
pfunden zu haben, denn sie erachteten es „aus naheliegenden
Gründen für zweckmäßig, dieses etwas eigentümliche Verlangen nicht
zurückzuweisen“ und den geforderten Rettungsbeitrag im Wege einer
Kollekte aufzubringen.

Seitdem hat der Wind umgeschlagen. Die Gewerkschaftsorgani-
sationen der Arbeiter werden in Ministerreden mit zärtlichen Worten
bedacht und aller Gnaden Fülle wird ihnen in Aussicht gestellt, wenn
sie es nur unterlassen, ihre Kongressale mit rotem
Luz zu dekorieren. Damit hätte es nun freilich keine Gefahr:
zu tief ist das Massenbewußtsein in die Masse der deutschen
Arbeiter eingedrungen, als daß sie sich solchen Lockungen jemals
zugänglich erweisen könnten. Namenlos plump aber erscheinen diese
Versuche vier Jahre nach der Zuchthausvorlage. Diese Vorlage
mußte doch auch dem Blindesten die Augen öffnen und ihn erkennen
lassen, daß wirtschaftlicher und politischer Kampf, Gewerkschaft und
Socialdemokratie, nur zwei Seiten ein und derselben Sache sind,
des großen proletarischen Klassenkampfes. Der Geist der
Zuchthausvorlage ist auch nicht tot. Er geht um in landes-
gesetzlichen Bestimmungen, in Urteilen der Gerichte, in behördlichen
Verfügungen. Dem Kapitalismus kann der Staat nichts andres
sein als ein Wächter auf dem Sklavemarkt, der die lebendige
Ware gefügig und bereit hält. Wie wäre ihm die Peitsche der
Zuchthausvorlage aus der Hand geschlagen worden, hätte sich die
Arbeiterchaft je auf jene unpolitische Politik eingelassen, zu der ihr
jede intimpfen Feinde so eindringlich rufen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. April.

Der Etat der Herren.

Ein „Parlament“ wie das preussische Herrenhaus giebt es in
der ganzen Welt nicht. Diese Erbwesen haben das verfassungsmä-
ßige Recht, daß ohne ihre Zustimmung kein Gesetz möglich ist,
und sie erledigen die auf ihnen ruhenden Verpflichtungen, indem sie
ein paarmal im Jahre zusammenkommen und einige Stunden
beraten. Das muß man ihnen lassen: sie propheten mit ihrer An-
wesenheit, aber diese Anwesenheit äußert sich eben durch nichts wie
durch da sein. Sie sitzen, also sind sie.

Zur Staatsberatung waren sie alle da: die lebens-
würdige innere und äußere Originalität des Landgrafen von
Hessen — wir dürfen nicht mehr sagen, sonst klagt das edle Haus

wieder —, die inaktiven Minister von anno vorgeföhren, die lokalen
Professoren wie Schmoller, und die Bürgermeister, die in diesem
Haufe die äußerste „Linke“ darstellen, der vornehme Gutten-
Gzapski, nach Frau Krupp wohl der höchste Steuerzahler Preussens, die Ver-
treter der Finanz-Aristokratie wie der Chef des Hauses Wendelssohn,
der ausföhrt wie ein Oberkirchenrat, Graf Wallesiren, der sich hier
viel wohler fühlt als im Reichstag, und im Hintergrunde eine
mächtige hochfeudale und sicher auch hochnobelgebende Agrariergattung,
die nach dem körperlichen Volumen eine ganze Fraktion ergeben
kann. Die Uniform wurde diesmal nicht durch irgend einen jungen
Herrn vertreten, den seine Familie dem höchsten Haus präsentiert
hat, sondern durch den Grafen Waldersee, der ohne den Feld-
marschallstab gekommen war — weihhaarig, mit einem kleinen Kopf
und korrekten Föhgen, die etwas hinterhältiges und Verstecktes bergen
ohne überragende Intelligenz.

Und diese erlauchte Gesellschaft „beriet“ den Etat.

Generaldebatte fiel aus. Woju auch!

In der Specialdebatte aber vertiefte man auf ein sehr wichtiges
Thema. In früheren „Sesssionen“ war es das schottische Moorhuhn,
das die Herren lebhaft anregte. Diesmal wurde sehr ausführlich
über das Bad Rehsburg gesprochen. Es muß irgendwo bei Hildes-
heim liegen und gehört auch zu den rednerischen Regierungsvor-
sätzen des Herrn v. Boddieloff. Sicherlich ein sehr merkwürdiges Bad,
wenn es so ziemlich den Inhalt einer herrnhäuslerischen Etatsdebatte
erschöpft! Glückliches Rehsburg.

Danach sprach Graf Gutten-Gzapski ein paar Wünsche aus: Der
Etat soll früher kommen, Regierungspräsidenten sollen nicht so schnell
verjagt werden, und Militärämter mit Schreibmaschine nicht
denen ohne vorgezogen werden. Schließlich kam es noch zu einer
kleinen Konversation über die Dänemarkpolitik und zu einer sinnigen
Erläuterung der Siebelpuppen auf dem neuen Herrenhause. Dann
ging man zum Diner. Donnerstag aber wird der Etat bestimmt
fertig werden.

Und dennoch sage man nicht, daß das Institut aus der Zeit des
seligen Hanunurabi stamme und eigentlich ins althrische
Museum gehört. In gewissen Betracht sind die Herren moderner
als irgend welche andren Parlamentarier: es giebt welche, die
mit eigner pompöser Automobil vor „Haus“ fahren! So
auf der Höhe der Zeit steht kein Mitglied eines nicht ererbten
Parlaments. Der Etat dieser Herren erlaubt es ihnen. . .

Der Wahltermin und die Norddeutsche.

Das Regierungsblatt die „Norddeutsche Allgemeine
Zeitung“ führt mit dreister Stirn ihren widerwärtigen Krieg gegen
die Wahrheit fort. Sie verläßt sich in jesuitischer Diabolik, aber
ihre geistige Minderwertigkeit ist zu stark, als daß sie mit einiger
Geschicklichkeit diese immerhin schwierige Kunst handhaben könnte.
So erreicht sie nur, daß sie in der öffentlichen Meinung auch den
letzten Rest etwa noch vorhandenen Vertrauens zu offiziellen Er-
klärungen vernichtet und die moralische Verkommenheit dieser Art
von Publizistik mit jedem neuen Ablegungsversuch aufs neue
bloßstellt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt am Mittwochs-
nachmittag wörtlich:

„Der „Vorwärts“ bleibt bei seiner Behauptung, daß die
amtliche Anweisung zur Aufstellung der Wählerlisten den Wahl-
termin auf den 17. Mai verlegt hat, und will glauben machen,
daß er diese Behauptung „bewiesen“ habe. Wir haben bisher von
einem solchen „Beweis“ im „Vorwärts“ nicht das geringste ent-
deckt und würden den Beweis erst als erbracht anerkennen, wenn das
Blatt den Wortlaut einer Anweisung des zuständigen Ministers
veröffentlichte, in der der 17. Mai als Wahltermin bezeichnet
wäre. In Wahrheit hat die vorläufige Anweisung zur Aufstellung
der Wählerlisten den ausdrücklichen Vorbehalt der Festsetzung des
Wahltermins, und damit des Zeitpunktes der Auslegung der
Wählerlisten enthalten. Auf die Aufforderung, zu er-
klären, ob wir bestreiten, daß in der bis zum
letzten Sonnabend geltenden Wahlauweisung
der 17. Mai als Wahltag angenommen war“,
erwidern wir, daß wir dies allerdings mit Entschiedenheit be-
streiten und unferweis vom „Vorwärts“ den Gegenbeweis verlangen.

Der schwindelhafte Charakter dieses Wahlmanövers des „Vor-
wärts“ tritt deutlich in seiner dreifachen Behauptung hervor, daß
erst seine „Enttöhlung“ vom Sonnabend die Entschickung, die
Wahlen auf den 16. Juni zu verlegen, bewirkt habe. Wir haben
bereits am Mittwoch voriger Woche mitgeteilt, daß der 16. Juni
als Wahltag in Aussicht genommen sei; der „Vorwärts“ selbst hat
am Donnerstag diese unsere Mitteilung wiedergegeben. Zu der
Zwischenzeit bis zu der am 28. v. M. erfolgten Vollziehung der
kaiserlichen Verordnung ist ein andrer Termin gar nicht in Frage
gekommen.

Wenn der „Vorwärts“ übrigens meint, daß es nicht sehr
angenehm sein müsse, Redakteur unfers Blattes zu sein, so geben
wir ihm dies insoweit ohne weiteres zu, als wir im Interesse
der Wahrheit genötigt sind, uns mit den unläuteren
Wahrscheinlichkeiten des socialdemokratischen Central-
organs zu befassen, dem wir im Laufe der letzten Monate das
Gegenteil aller der Eigenschaften, die man bei einem anfändigen
Blatte zu erwarten berechtigt ist, nachzuweisen wiederholt Gelegen-
heit hatten.“

In der That, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat recht —
hat recht, wie ein Dieb, der mit allem Pathos leugnet, am 17. Mai
einen Einbruch begangen zu haben, weil er just am 18. Mai ein-
gebrochen hat.

Als wir den 17. Mai nannten, gingen wir von der Voraus-
setzung aus, daß jeder Wähler wahlberechtigt sei, der am Wahltag
25 Jahre alt sei. Die Frage ist aber strittig, und die bisherige Praxis ging
dahin, daß man schon am Beginn des Wahltages, also mit Schluß
des vorhergehenden Tages das 25. Jahr vollendet haben
musste. Danach sind also die Wählerlisten nicht auf Grund des
17. Mai, sondern des 18. Mai aufgestellt worden.

*) Vergl. Nr. 71 des „Vorwärts“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ läßt, wenn sie schreibt, sie hätte am Mittwoch voriger Woche mitgeteilt, daß der 16. Juni als Wahltag in Aussicht genommen sei. Das hatte sie eben nicht mitgeteilt, sondern zweideutig — in der Absicht der Irreführung — nur orakelt, daß „dem Vernehmen nach voraussichtlich“ der Termin auf den 16. Juni „festgesetzt werden wird“. Zu gleicher Zeit aber erging der ministerielle Erlaß, der die Behörden verpflichtete, Hals über Kopf schon vor Ostern die Wählerlisten fertig zu stellen. Und in der Anleitung zur Aufstellung der Wählerlisten ließ es — wir kommen dem Wunsch der „Norddeutschen“ nach und citieren wörtlich:

„Von der Berechtigung zum Wählen für den deutschen Reichstag sind ausgeschlossen und deshalb in Wählerlisten nicht aufzunehmen:

1. Personen, welche noch nicht 25 Jahre alt sind, d. h. nach dem 17. Mai 1878 geboren sind; (bei Berechnung des Alters gilt der 17. Mai 78 als Endpunkt).

6. Personen, welche am 17. Mai 1908 sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Nach diesen Bestimmungen hat man bis zum letzten Sonnabend einschließlich die Wählerlisten ausgearbeitet, dann erfolgte erst die Umkrempelung unter Voraussetzung des 16. Juni.

Nach der oben erwähnten Praxis war mithin der 18. Mai bis zum Sonnabend Wahltermin. Und damit wird die Angelegenheit noch skandalöser. In der Wahl eines Sonntag hätte eine gewisse Kompensation für die Ueberumpelung gelegen. Da aber ein Montag in Aussicht genommen war, so handelte es sich um einen durch nichts zu entschuldigenden Versuch, die Wählerkraft zu duplizieren. Das Spiel war gar nicht so unschlau. Man rechnete offenbar auch mit der parlamentarischen Nachsicht Ende April, die wegen der Wichtigkeit der Verhandlungen die Abgeordneten und damit bedeutende agitatorische Kräfte in Berlin absorbiert hätte. Ostern sollte erst der Wahltermin bekannt werden, dann kam der Schluß der Reichstagsession und unmittelbar darauf die Wahlen, so daß die Zeit des Endkampfes der Wahlagitation nur ganz kurz gewesen wäre.

Es ist uns gleichgültig, ob die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auch für den 18. Mai ihr Berichtungsprivileg fortzusetzen wagen wird. Es handelt sich nicht mehr um die Schwindereien irgend eines dunklen Offiziellen. Die Regierung selbst hat offiziell Rede zu stehen und die mysteriöse Angelegenheit aufzuklären, will sie nicht mit dem Brandmal in den Wahllampfen ziehen, daß sie eine ihrer „sittlichen ethischen Pflichten“ in dem Versuch gesehen hat, mittels eines Ueberumpelungsmanövers dem Volk die Wahlagitation zu entziehen.

Deutsches Reich.

Wahlvorbereitungen.

Zum Kapitel der Wahlberechtigung. Es wird bei uns angefragt, ob Landarbeiter, die im Frühjahr ihren Wohnort verlassen und sich für den Sommer zu Arbeitsleistungen auf einem bestimmten Gut oder an einem bestimmten Ort verpflichten, an ihrem neuen Aufenthaltsort wahlberechtigt sind.

Diese Wahlberechtigung ist ohne Zweifel vorhanden, wenn sie an dem betreffenden Ort ihrer Tätigkeit für längere Zeit einen festen Wohnsitz haben, also zum Beispiel während der Zeit, wo die Wählerlisten zur Einsicht aufsteigen und bis zum Wahltag. Solche Personen können die Aufnahme ihrer Namen in die Wählerliste verlangen und dürfen nicht zurückgewiesen werden.

Es heißt ausdrücklich im § 7 des Wahlgesetzes: „Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirk ausüben will, muß in demselben, oder im Fall eine Gemeinde in mehrere Wahlbezirke geteilt ist, in einem derselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben.“ — Der Wohnsitz zur Zeit der Wahl ist also entscheidend.

Berlin.

Den Aufmarsch der Parteien behandelte am Dienstag Genosse Rosenow in einer Versammlung im zweiten Wahlkreise in Anwesenheit von etwa 700 Frauen und Männern. In der lebhaften Diskussion wurde hervorgehoben, daß der konservative Kandidat Benfien die Parole ausgegeben habe, bei der Hauptwahl möglichst viel konservative Stimmen aufzubringen, um den Freisinnigen die Stichwahl und ausreichende Hilfstruppen zu sichern. Richard Fischer, der Kandidat der Sozialdemokratie, erklärte das für beachtenswert und hob hervor, daß auch die Freisinnigen mit dieser Hilfe rechneten, indem sie einen der frommsten ihrer Leute, den Vicentianer Gräbner, als Kandidaten aufstellten. Es gelte im zweiten Kreise augenblicklich der Kampf der bürgerlichen Parteien lebhaft der Sozialdemokratie. Sie stellen ihre Gegensätze hintenan und wollten schließlich gemeinsam den verhassten Sozialdemokraten zur Strecke bringen. Darum heiße es, den letzten Wahn zur Hauptwahl aufzugeben und schon bei dieser der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Welche Zeitungsartikel und Wahlfreden allein vernommen aber das nicht; schon jetzt müsse jeder in der Fabrik, der Werkstatt, im gesellschaftlichen Verkehr, im Wirtschaftshaus dafür eintreten, daß bei der Hauptwahl der Sieg unser ist. (Lebhafte Zustimmung.) Darauf wurde die vom bestem Kampfesgeiste besetzte Versammlung geschlossen.

Sachsen.

Als sozialdemokratischer Kandidat im 7. sächsischen Wahlkreise, Reichen-Großenhain, wurde an Stelle des bisherigen Kandidaten Genossen Goldstein der Genosse Rißchke aus Großenhain aufgestellt. Goldstein kandidiert belamisch an Stelle des zurückgetretenen Genossen Seifert im 19. sächsischen Kreise.

Im 13. sächsischen Kreise, Leipzig-Land, einem unser unvertretenen Kreise, hat das ordnungsparteiliche Wahlkomitee seinen anderen Durchfallskandidaten als seinen eignen Vorkandidaten aufstellen können, und das ist kein Geringerer, als der vielberühmte Herr Ferdinand Goch, ehemaliger Revolutionär.

Welfen-Kandidaturen.

Die hannoverschen Welfen haben folgende Kandidaten aufgestellt: Rittergutsbesitzer v. Schele in Osabrück, Rittergutsbesitzer Kollhorn in Welle-Diepholz, Rittergutsbesitzer v. Arnswald in Verden-Hoya, Major a. D. v. Schele in Nienburg, Rechtsanwält v. Dammberg in Hannover, Rittergutsbesitzer v. Lenthe in Hameln-Springe, Rittergutsbesitzer Frhr. v. Hofe in Hildesheim, Rittergutsbesitzer v. Kimmigrode in Northheim-Osterode, Rittergutsbesitzer Götz v. Olenhain in Göttingen, Rittergutsbesitzer v. Wangenheim in Eintrung, Rittergutsbesitzer Graf Bernstorff in Uelsen-Ladlow, Rittergutsbesitzer Frhr. v. Hodenberg in Celle-Gifhorn, Rittergutsbesitzer v. d. Deden in Harburg-Rothenburg, Rittergutsbesitzer v. Meding in Stade-Bremervörde, Lehrer Alpers in Gesehsmünde-Otterndorf und Rittergutsbesitzer v. Kronensfeld in Goslar.

Hof. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der national-liberalen Partei des Wahlkreises Hof stellte den bisherigen Abgeordneten Münch-Ferber wiederum als Kandidaten auf.

Entschädigung für unschuldig Gefangene. Nach Mitteilungen an die Rechnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses sind in Preußen als Entschädigungen an im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochene Personen 1901 im ganzen in 10 Fällen

zusammen 6176 M. bewilligt worden. Als sonstige, Beschuldigten genährte Vergütungen für die ihnen ohne ihr Verschulden aus dem Strafverfahren erwachsenen Nachteile sind in dem genannten Etatsjahre in 17 Fällen zusammen 1787 M. bewilligt worden.

Die durch die Säubung des Staates unschuldig Verhafteten warten noch vergeblich auf Entschädigung.

Die erprechte Kundgebung der Glasarbeiter bei der Firma vormalig J. Siemens, Dresden, giebt der reaktionären Presse zu seltsamen Dichtungen Anlaß. Es läßt sich nämlich nicht abstreiten, daß in dem Bezirk, aus dem die Kundgebung stammt, dem Plauenischen Grunde bei Dresden, die Sozialdemokratie so zahlreich ist, daß schon aus diesem Grunde auf die Unfreiwilligkeit einer solchen Erklärung zu schließen ist. Da hat sich denn die Scharfmacherpresse eine sonderbare Theorie vom Terrorismus zurecht gemacht. Das offizielle Blatt der sächsischen Konservativen sagt:

„Die Erklärung bringt wieder einmal, deutlich zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie keineswegs die „Arbeiterpartei“ ist, sondern daß eine große Anzahl Arbeiter durchaus auf einem andern Standpunkt steht und daß es nur dem Terrorismus der Führer gelingt, bei den Wahlen die Massen der Arbeiter mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel zur Irre zu treiben.“

Das würde somit bedeuten, daß sich die Arbeiter dem Terrorismus der „Führer“ zwar bei der geheimen Wahl beugen, wo die „Führer“ gar nicht wissen konnten, welcher Gesinnung die Arbeiter folgen; in öffentlichen Erklärungen jedoch, wo die Führer das Verhalten der Arbeiter kontrollieren können, da entziehen sich die Arbeiter dem Terrorismus. Das stellt den gekündeten Menschenverstand vor eine harte Prüfung. Da sind wohl die Scharfmacher auch so für die öffentliche Abstimmung bei Wahlen, damit sich die Arbeiter durch das Mittel der öffentlichen Behandlung ihrer Meinung dem geheim wirkenden Terrorismus der „Führer“ entziehen können. Die vierte Dimension der Spirituisten stellt nicht so hohe Anforderungen an die Wundergläubigkeit, wie die Logik der Scharfmacher.

Die Wahl des Abgeordneten Ulrich zur Hessischen Zweiten Kammer ist von dieser selbst für gültig erklärt worden. Sie war angefochten worden mit der der Reichsverfassung widersprechenden Begründung, daß eine Anzahl Wähler neben der Hessischen noch eine andre deutsche Staatsangehörigkeit besäßen. Da man aber verfassungsmäßig die Staatsangehörigkeit aller deutschen Bundesstaaten besitzen kann, war mit diesem Protest beim besten Willen nichts zu machen. Dagegen erklärte die Kammer die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Ord für ungültig. Hierauf vertagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit.

Belagerungszustand und Streit.

In der elsässischen Stadt Colmar ist es aus Anlaß eines Streiks zum Blutvergießen und zur Verhängung des Belagerungszustandes gekommen. Seit sieben Wochen streikten dort Textilarbeiter. Der Streit ist bisher vollkommen ruhig verlaufen. Unter falschen Vorpiegelungen gelang es dem Fabrikanten Kiener jenseit, Italiener anzulocken. Sobald jedoch die Italiener über den Sachverhalt unterrichtet worden waren, verweigerten sie die Arbeit und verlangten Geld zur Rückreise, das ihnen aber verweigert wurde. Die Italiener wollten sich auf keinen Fall als Streikbrecher mißbrauchen lassen, sie machten mit den Streikenden gemeinsame Sache. Es kam zu Zusammenstößen und der Kerper der Unternehmer über den verweigerten Streikbruch verhängte sich zur Alarmierung der Feuerwehr und zu einem gewaltigen Polizeiaufgebot. Daburd geriet die Bevölkerung erst recht in Aufregung und am Montag versammelten etwa 3000 Personen, an der Spitze die zur Rückreise gerüsteten Italiener, einen Umzug zu Ehren der Italiener. In dem Zuge befanden sich die Arbeiter mehrerer Fabriken, in denen nicht gestreikt wird, die nur an diesem Ehrenzuge teilnahmen.

Da traten berittene Gendarmen und Polizisten in großer Zahl den Demonstranten entgegen und machten von der blanken Waffe Gebrauch. Die Zahl der Verwundeten konnte noch nicht genau festgestellt werden; unter Straburger Parteiblatt spricht von etwa 15. Auch mehrere Frauen sind durch Säbelhiebe verwundet. Ein Parteigenosse wurde verhaftet. Das Versammlungsort der Streikenden wurde von der Polizei unter Anwendung der Waffen gestürmt und geräumt. Auch der Wirt des Lokals soll mißhandelt worden sein unter dem Vorwurfe, daß er schuld sei an der langen Dauer des Streiks, weil er den Streikenden sein Lokal zur Verfügung gestellt habe. Ueber den betreffenden Stadtteil wurde der Belagerungszustand verhängt — ohne Diktaturparagrafen.

Der blutige Exzess ist nach allen Umständen die Folge der Unternehmervut über die Standhaftigkeit der Streikenden und über die mißlungene Streikbrecherwerbung. Die Italiener waren willkommenen Freunde der Unternehmer als Streikbrecher; als Klassenbewußte Proletarier müssen sie mit deutschen Säbeln und Revolvern Bekanntschaft machen. In der belagerten Stadt herrscht begriffliche Aufregung über die Vorfälle.

Capri.

Das Strafverfahren gegen den Bildhauer Maler Albers. Aus Neapel wird berichtet: Der Untersuchungsrichter Collana hat in der Strafkammer gegen den Maler Hermann Albers von Hamburg wegen **widerrechtlicher Unzucht mit minderjährigen Knaben**, begangen in wiederholten Fällen auf der Insel Capri, seine Untersuchung abgeschlossen und auf Antrag des Staatsanwalts Valeris die Eröffnung des Hauptverfahrens vor der 7. Strafkammer Neapel gutgeheißen. Die Eltern eines der geschädigten Knaben sind mit ihren privaten Entschädigungsansprüchen bei dem Strafverfahren als Nebenkläger zugelassen. Die „Villa Albers“ auf Capri bleibt beschlagnahmt.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 1. April. Infolge der auf Verlangen der Kammer in das Budget eingefügten neuen Bestimmungen, wonach die Senatoren, die gleichzeitig ein andres Staatsamt bekleiden, zwischen beiden Gehältern zu wählen haben, verlieren die Minister Combes, Ballé, Rouvier, Chaumié, so lange sie die 80 000 Frank Ministergehalt beziehen, die 9000 Frank, die sie als Mitglieder des Senats erhielten.

Die Deputiertenkammer beriet heute eine Vorlage, welche den Artikel 18 des Vereinsgesetzes mit Bezug auf die Liquidation des Vermögens der Kongregationen ergänzen soll. Den Kartäusern ist die antike Mitteilung gemacht worden, daß ihr Genesungsgesuch abgelehnt worden sei. Diefelbe Mitteilung wird in nächster Zeit den andren Kongregationen gemacht werden.

Türkei.

Die Unruhen in Mazedonien.

Das „Wiener l. l. Telegr.-Bureau“ meldet aus Konstantinopel vom 1. April über **gewaltthätige Maßnahmen der mohammedanischen Albanesen**: Nachdem die Albanesen zu offeneren Kundgebungen gegen die Reformen übergegangen sind, das Dorf Scutari bei Mitrowiza überfallen und die dortigen christlichen Gendarmen fortgeführt, sowie am Montag den mit schweren Verlusten zurückgeschlagenen Angriff auf Mitrowiza gemacht haben, hat die Pforte alle verfügbaren Gendarmen und Truppen von Saloniki und anderen Städten an Ort und Stelle entsendet. Auch sollen acht Bataillone aus dem Vilajet Aidin bereits unterwegs sein, denen zwei weitere folgen werden.

Gegenüber etwaigen serbischen und bulgarischen Stimmen, welche diesen Truppenbewegungen aggressive Absichten unterzöhen könnten, was unzutreffend ist, wird von türkischer Seite betont, daß die Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung in dem betreffenden Gebiete unbedingt notwendig sind. Die Pforte kann, wie erklärt wird, gegenüber den Unruhen der macedonischen Komitees aus dem bulgarischen Grenzgebiete keine Truppen entsenden, weshalb sie solche aus Anatolien heranzieht.

Der türkische uncharakteristische Posthaster Freiherr v. Calice unternahm heute bei der Pforte Schritte und riet derselben, rasch die Ordnung wieder herzustellen.

Auf das Konto der Albanesen wird auch die **Verwundung des russischen Konsuls** in Mitrowiza durch einen Mordanschlag in den Rücken gestellt.

Zwischen Rußland und Frankreich führen die Balkan-Angelegenheiten zu Schwierigkeiten. Die „Kowoje Wremja“ führt aus. Die Bemerkungen französischer Politiker, in der macedonischen Frage Frankreich in den Vordergrund zu rücken und Rußland im Schatten zu lassen, könnte man merkwürdig finden, wenn die Möglichkeit von Komplikationen ausgeschlossen wäre, in dem jetzigen ersten politischen Moment sei das aber unmöglich. Der seltsame Versuch Frankreichs, als Beschützer der Balkanstaaten aufzutreten, habe einen sehr ungünstigen Einfluß ausgeübt. Die neue Rolle, die Frankreich auf dem Balkan übernommen hat, hat auf der ganzen Halbinsel tiefen Eindruck gemacht und der macedonischen Revolutionspartei und den mit ihr sympathisierenden bulgarischen Politikern Anlaß gegeben, auf Hilfe von Frankreich und Rußland zu hoffen und anzunehmen, daß Rußland, das sich zunächst allüber Handlungen auf eigene Rechnung enthalten wollte, hinter dem verbländeten Frankreich stehe. Ganz abgesehen davon, daß diese Auffassung für Rußland, das niemals eine Doppelrolle gespielt habe, beleidigend sei, sei sie auch für die allgemeine Lage außerordentlich gefährlich, indem sie falsche Hoffnungen einflöße und gleichzeitig Rußlands wahre Absichten diskreditiere. . . . Vielmehr seien die französischen Politiker durch den Erfolg ihrer Demonstration von Rußland angefeuert, die daal der Unterstützung von Seiten Rußlands mit einem glänzenden Siege der französischen Diplomatie endete. . . . Möge die französische Armada nach den Dardanellen aufbrechen. Rußland werde den Freunden nicht hinderlich sein, es werde sie nicht hören, es werde ihnen aber auch nicht beifällig sein. Auf der Balkanhalbinsel habe Rußland seine großen Aufgaben, welche mit der Politik, welche den Interessen von Korando, Tubini u. Comp. dient und welche verfolgt, die den Staatsinteressen fremd sind, nichts gemein haben.

Partei-Nachrichten.

Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, unser Kieler Strohblatt, blühte am 1. April auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Schon einmal erschien in Kiel eine „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, die jedoch dem Sozialiengeies zum Opfer fiel und nur vom Oktober 1877 bis Oktober 1878 existierte. 1890 wurde damit als Monatsblatt des „Hamburger Echo“ dreimal wöchentlich die „Norddeutsche Volkszeitung“ herausgegeben. Das Blatt vermochte jedoch naturgemäß den Wünschen der Genossen an den einzelnen Orten nicht in dem Maße Rechnung zu tragen, wie diese es im Interesse der lokalen Agitation für nötig hielten und so beschloß denn der Provinzial-Parteiort, der anfangs 1892 in Neumünster abgehalten wurde, die nunmehrige „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel herauszugeben. Die Kieler Parteigenossen hatten schon vor dem Parteitag einen Preisfonds in Höhe von 4000 M. aufgebracht, die Hamburger Genossen unterstützten außerdem das neue Unternehmen — obgleich sie in ihrer Mehrzahl sich gegen die Gründung ausgesprochen hatten — in freigebigster Weise durch eine Subvention von 10 000 M. Mit circa 5000 Abonnenten begann das Blatt seinen ersten Jahrgang, heute steht es vor der Abendung des 12. Laufens. Schon im ersten Jahre stellte sich heraus, daß das vierseitige Blatt, als welches die „Volkszeitung“ gegründet wurde, den gestellten Ansprüchen nicht genüge; man mußte taglich eine zweiseitige Beilage geben und legte auch die „Neue Welt“ bei. Som 1. Februar 1899 an erschien das Blatt mindestens 8 Seiten stark. Die dadurch wiederholt notwendig gewordenen Neuaufstellungen im technischen Betriebe belasteten das Unternehmen mehrmals finanziell außerordentlich, aber daselbe erwies sich als unermüßlich und brachte im Lauf der Zeit immer wieder aus eigener Kraft die aufgewendeten Mittel auf. Das Blatt, das anfänglich nur 6 Sezer und ein Gesamtpersonal (inklusive Redaktion und Expedition) von 13 Personen hatte, hat jetzt 15 Sezer und (da jetzt auch mit einer Accidenzabteilung und Buchdruckerei zu rechnen ist) ein Gesamtpersonal von 41 Personen; der Lohnfonds ist von circa 35 000 Mark im ersten Jahre auf circa 80 000 Mark gewachsen. 48 Monate Gefängnis und rund 21 000 M. an Geldstrafen, Gerichts- und Prozesskosten holten sich die verantwortlichen Redakteure der „Volkszeitung“ am „sicheren Hinterhalt“ des Redaktionstisches. Das hat die schneidige Waffe, als welche sich das Blatt seit seiner Gründung erwies, nicht stumpfer gemacht. — Heute steht die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ vor einer ähnlichen Situation wie 1893 im Jahre ihrer Gründung: die Reichstagswahlen stehen bevor. Es sind nicht mehr dieselben Genossen wie damals, die in der „Volkszeitung“ die Feder führen; des aber sind wir gewiß: Sie werden ihre Klinge ebenso schneidig führen, wie es die schleswig-holsteinischen Genossen an ihren Vorgängen getohnt waren!

„Die Hütte“, die von Dr. Gustav Morgens t e r n seit einem Jahre in Dresden herausgegebene Zeitschrift für das Volk und seine Jugend, hat zu erscheinen aufgehört. Obgleich sich die in edelstem Stil gehaltene Zeitschrift einer von Quartal zu Quartal wachsenden Beliebtheit erfreute, zehrte ihre Einführung doch die Mittel auf, welche ihre Herausgeber für sie aufwenden konnten. Es ist bedauerlich, daß die „Hütte“ wegen der mangelnden materiellen Unterlagen nur ein interessantes literarisches Experiment bleiben sollte.

Bürgerauswähl-Wahlen in Baden. In Lodenburg heimsten unsere Genossen in der Klasse der Niederstbesteuernten sämtliche 13 neu zu vergebenen Mandate ein; sie besaßen jetzt in dieser Klasse alle 20 Mandate. — In Königsbach ging in der dritten Klasse die sozialdemokratische Liste mit 92 Stimmen durch; der national-liberal-demokratische Stadelmüdel brachte es auf 44 Stimmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Beleidigung sämtlicher Erfurter Rechtsanwält** wurde der Lokalredakteur der „Thüringer Tribune“, Genosse Pappé, der den Lokalteil auch verantwortlich zeichnete, von der Strafkammer zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate beantragt.

Fünfzehnte Generalversammlung des Centralverbandes der Zimmerer.

Erster Verhandlungstag.

Die Versammlung wird von Knüpfer-Berlin eröffnet. — Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Lau-Lepzig. Vertreten sind 74 Orte durch 88 Delegierte. Hierzu kommen die Vertreter des Vorstandes, des Ausschusses, der Preis-Kommission und die ausländischen Gäste. Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist Robert Schmidt erschienen.

Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des Centralverbandes, aus dem wir das wesentlichste in der Sonntagsnummer mitgeteilt haben, erläutert Schröder.

Aus dem von Römer erstatteten Kassenbericht heben wir hervor, daß auch abgesehen von der 1899 beschlossenen Beitragserhöhung prozentual im Verhältnis zur der Mitgliedszahl die Beiträge höher geworden sind: vor 10 Jahren stenerien in den beiden ersten Beitragsklassen 64 Proz. der Mitglieder, in den beiden andren 30 Proz., jetzt sind die betreffenden Zahlen 39 Proz. und 61 Proz. Trotzdem ist die absolute Höhe der Einnahmen 1902 etwas geringer gewesen als 1900, weil die Mitgliederzahl gesunken ist von 25 272 im Jahre 1900 auf 23 377 im Jahre 1902, die Ausgaben dagegen haben sich ungemein erhöht.

Für den Ausschluß berichtet Schröder an Stelle des erkrankten Kollegen Aube.

Ringmann, der über die Presse Bericht erstattet, wendet sich besonders gegen die lokalorganisierten Zimmerer. Zu dem von Schröder erwähnten Fall Kälper (derselbe hat vor 13 Jahren Streikbruch begangen, gehört aber seit 1891 der Organisation an, für

Die er in dieser ganzen Zeit hervorragend tätig war, trotzdem hat der Vorstand der Zahlstelle Altona ihm nahe gelegt, aus der Kommission auszuscheiden) meint Bringmann, die Generalversammlung müsse prinzipiell entscheiden. Streikbruch sei ein unfähbares Vergehen, so daß jemand, der demselben begangen habe, eine leitende Stellung in der Organisation niemals später einnehmen dürfe.

Nachdem Lund noch für die Kommission berichtet hat, wird in die Diskussion eingetreten. In dem Vorstands- und Kassierbericht wird eine wesentliche Kritik nicht geübt. Die Zahlstelle Köln hat bei dem Streik im Jahre 1901 zu hohe Lokalzuschläge bezahlt, ohne die erforderlichen Mittel zu besitzen; infolgedessen ist Köln mit den Streifonds-Beiträgen rückständig, außerdem stehen noch Beiträge im Betrage von 500 M. aus dem Jahre 1899 aus, deren Erlös Köln beantragt. Dies lehnt die Generalversammlung ab, dagegen verweist sie das Gesuch, die rückständigen Streifonds-Beiträge (320 M.) zu streichen, auf Antrag Römers an die vorhergehenden Instanzen zurück unter der Voraussetzung, daß zuvor die rückständigen 500 M. gezahlt werden.

In der Nachmittags-Sitzung wird nach Beendigung der Diskussion dem Vorstande Decharge erteilt und dann in die Diskussion über den Bericht des Ausschusses eingetreten. Einige vorkommende Beschwerden werden einer fünfgliedrigen Kommission zur Prüfung überwiesen. Bis zur Berichterstattung dieser Kommission wird auch die an den Fall Kasper geknüpfte Frage, ob Mitglieder, die sich früher einmal etwas haben zu Schulden kommen lassen, später wieder Ehrenämter bekleiden können, zurückgestellt.

Bei der Diskussion über den Bericht der Presse wird im allgemeinen Zufriedenheit und Einverständnis mit der Haltung des Verbandsorgans ausgesprochen. Römer beantragt, dieses auch in einer Resolution zum Ausdruck zu bringen; dieselbe wird einstimmig angenommen. Darauf wird dem Ausschuss, dem Verlag und der Redaktion des „Zimmerer“ sowie der Pressekommision Decharge erteilt.

Es wird in den nächsten Punkt der Tagesordnung eingetreten: „Unsere Lohnbewegung“. Referent hierzu ist Bringmann. Derselbe führt u. a. aus: Unser Ziel ist, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Vereinbarung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter festgesetzt werden, und zwar nach den Bedürfnissen der Arbeiter, und daß sie nicht wieder herabgesetzt werden. Dieses Ziel ist erreichbar. Die Unternehmer dagegen wollen die Arbeitsbedingungen nach dem einseitigen Profitinteresse der Unternehmer festsetzen.

Sie richten daher ihren Kampf gegen die Organisationen der Arbeiter. Wir dürfen nicht lediglich nach den lokalen Verhältnissen eines Ortes darüber beschließen, ob dort in einen Streik eingetreten werden muß. Unser Ziel muß auf Stärkung unserer Organisation gerichtet sein, um sie leistungsfähig, schlagfertig und manövrierfähig in jedem Augenblicke zu machen. Dazu gehört, daß in einem Lohngebiet nicht viele, sondern nur eine Zahlstelle existiert; auch daran müssen wir denken, mehr Personen in den Dienst der Organisationen zu stellen, da dürfen wir nicht hinken. Von diesem Gesichtspunkt ist auch die Arbeitslosen-Unterstützungsfrage zu behandeln; die Macht der Arbeitsnachweise der Unternehmer liegt darin, daß sie einzelne Personen von uns wegregeln. Wenn diese Unterstützung von uns erhalten, haben wir zwar den Arbeitsnachweis noch nicht in den Händen, aber die Macht der Arbeitsnachweise der Unternehmer doch sehr wesentlich eingeschränkt. Es ist nötig, daß wir uns klar darüber sind, was wir wollen, und mit Energie und Ausdauer dafür eintreten, daß wir unsere Organisationen in den angegebenen drei Richtungen entwickeln. (Sehr lebhafter Beifall.)

Siebenter Verbandstag des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands.

Erster Verhandlungstag.

Die Sitzung wird um 9 Uhr von Silberstein-Berlin mit Verlesung der eingegangenen Begrüßungsgramme eröffnet.

Hierauf berichtet Bömelburg über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes. — Der Geschäftsbericht liegt den Delegierten gedruckt vor und wurde von uns bereits in der Sonntagsnummer besprochen. — Der Redner widmete zunächst den in den letzten zwei Jahren verstorbenen Mitglieder, unter denen sich sehr bekannte und eifrige Kämpfer für die Organisation befinden, warme Worte ehrenden Andenkens und berichtete sodann, daß der Verbandsvorstand stets in engster Fühlung mit dem Ausschuss und auch mit den Gauvorsitzenden gestanden habe und allgemeine Fragen gemeinschaftlich beraten wurden.

Bömelburg erinnert sodann an die Bestrebungen, eine Einigung mit den Lokalorganisierten herbeizuführen und verweist darauf, daß auch gegenwärtig in Berlin wieder derartige Versuche, allerdings von anderen Faktoren gemacht werden, die aber allem Anschein nach ebenfalls resultatlos verlaufen, so wünschenswert auch die Einigung die Einheit der Organisation wäre. Der Redner bespricht im weiteren die Differenzen mit dem Verband der Bauarbeiter, die zum großen Teil auf Irrtümern seitens der Bauarbeiter zurückzuführen seien und nun durch einen Kartellvertrag ganz beseitigt werden sollen.

Durch die Beschlüsse des vorigen Verbandstages ist in der Kassenerführung eine wesentliche Vereinfachung eingetreten. Die Einföhrung des einheitlichen Beitrages an Stelle der bis dahin üblichen Sammlungen zum Streifonds außer dem Verbandsbeitrag hat bedeutende Schwierigkeiten nicht betrieht und wie zu erwarten war, die Kasserverhältnisse recht günstig beeinflusst. — Der Referent rügt in seinen weiteren Ausführungen, daß verschiedentlich die Bestimmungen des Statuts nicht beachtet werden und es aus diesem Grunde oftmals, namentlich bei Lohnbewegungen, zu Differenzen kommt. Im Gegensatz zu dem Unternehmensamt, das die Verbandsleitung immer als Streifhelfer bezeichnet, besteht bei den Mitgliedern noch vielfach die Ansicht, daß der Hauptvorstand jede Lohnbewegung verhindern will, und so ist es vorgekommen, daß Streiks erst nach Ausdruck desselben dem Vorstande zur Kenntnis gebracht wurden in der Annahme, daß die Sanktionierung nunmehr bestimmt erfolgen müsse. Mit dem Wunsche, auch in Zukunft mit aller Energie dafür zu wirken, daß die elenden Verhältnisse, unter denen die Maurer leiden, gebessert werden, schließt der Redner den beifällig aufgenommenen Bericht.

Hierauf berichtet Paris-Hamburg namens der Revisoren, daß die Bücher und Kasse des Hauptvorstandes bei allen Revisionen in bester Ordnung befunden wurden.

Den Bericht des Ausschusses erstattet A. Dähne-Berlin. Danach haben dem Ausschusse insgesamt 88 Beschwerden vorgelegen, bei denen es sich in der Hauptsache um verteilte Unterstützung einzelner Mitglieder, Ausschluß einzelner Mitglieder und Nichtgenehmigung von Streiks handelte. Die meisten Beschwerden mußten direkt als unberechtigt zurückgewiesen werden. Die andern wurden nach gegenseitiger Aussprache zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt.

Für die Redaktion des „Grundstein“ berichtet Paepow. Er bedauerte, daß die Mitarbeit aus den Zweigvereinen eine so geringe ist. Es müsse dafür getätigt werden, daß die Gauvorsitzenden und Zweigvereine regelmäßig Situationsberichte einreichen, wozu dieselben verpflichtet sind. Bisher sind derartige Berichte nur vom Gauvorsitzenden der Provinz Brandenburg eingelaufen worden. Die Auflage des „Grundstein“ hat sich im Laufe des ersten Quartals 1903 von 88 500 auf 95 000 erhöht. Im ersten Quartal 1902 betrug die niedrigste Auflage 81 000, die höchste 84 000, so daß die Steigerung eine sehr hohe und zu erwarten ist, daß die Mitgliederzahl bald 100 000 betragen wird. Die Ausgaben für den „Grundstein“ betragen im Jahre 1901 91 157,66 M., im Jahre 1902 88 541,39 M. — Der Redner wünscht für die Zukunft eine regere Mitarbeit an der Fachzeitung, ferner, daß die in letzter Zeit üblich gewordenen Ehrenerkennungen möglichst fortfallen und empfiehlt schließlich, Versammlungsanzeigen unentgeltlich zu veröffentlichen.

Den Bericht folgt die Diskussion, in der zunächst Wendler-Goldberstadt und John-Rostock die Vorkommnisse schildern, welche seiner Zeit zu den Beschwerden gegen den Vorstand Veranlassung gaben. Bömelburg weist demgegenüber nach, daß der Vorstand die derzeitigen Verhältnisse in Rostock durchaus richtig beurteilt und daraufhin auch die sich als notwendig ergebenden Maßnahmen getroffen hat.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche die dem Verbandstag überwiesenen Beschwerden zu prüfen hat.

Sodann berichtet Mober-Hamburg namens der Mandatprüfungs-Kommission, daß 102 Delegierte anwesend sind. Der Verbandsausschuss ist durch A. Dähne, der Vorstand durch Th. Bömelburg, J. Köpfer, J. Efftinge und H. Tönnies vertreten. Für den Verband der Bauarbeiter ist Bödelmann-Hamburg anwesend. Außerdem ist das Ausland vertreten durch Vorghiesio-Turin, Drews-Amsterdam, Friedewang-Bern, Jberissen-Aristantia, North-Budapest, Kahuusien-Kopenhagen und Rader-Wien.

Das Mandat von L. Schäfer-Zürich wird vom Verbandstage laziert, während alle übrigen Mandate, entsprechend dem Antrage der Mandatprüfungs-Kommission, für gültig erklärt wurden.

Hierauf wird die Diskussion über den Bericht des Vorstandes fortgesetzt, an der sich die Delegierten aus Bremen, Groß-Ottersleben, Halle, Braunschweig, Vergeborf, Wandsbeck, Rostock, Fürstentum, Hamburg, Köln a. Rh., Frankfurt a. M. und andre beteiligten. Gegen die Tätigkeit des Vorstandes selbst wurden Einwendungen nicht erhoben. Von einigen Delegierten wurde hauptsächlich darüber Beschwerde geführt, daß der Vorstand die Lohnbewegung zu früh beendet erklärt oder die weitere bezw. erhöhte Unterstützung abgelehnt hat. Schulz-Polen wendet sich dagegen, daß von der Lohnbewegung übrig gebliebene Gelder der Lokalliste statt der Hauptkasse, von der die Unterstützung geleistet wurde, überwiesen werden und wünscht, daß der Hauptkasse möglichst viel Mittel zugeführt werden. Köpfer-Breslau rügt, daß in verschiedenen Orten eine höhere Streikunterstützung bezahlt wird als das Statut zuläßt und verlangt, daß die statutarischen Bestimmungen in Zukunft allgemein und unanwendbar zur Anwendung kommen. Schwarz-Danzig schildert die Schwierigkeiten, mit der die Organisations-tätigkeit im Osten Deutschlands verbunden ist und beschränkt sich darüber, daß Verbandsmitteln, welche mit dem Staatsanwalt in Konflikt gekommen sind, der Rechtschutz für die Revisionsinflanz abgelehnt wurde. — Bömelburg führt dem gegenüber an, daß in diesem Falle absolut keine Aussicht auf Erfolg vorhanden war und daß andererseits die Betroffenen in angemessener Weise unterstützt wurden. Er weist sodann darauf hin, daß sich einige Delegierte darüber beschwerten, daß der Vorstand zu engberzig und keine Ausnahme machen will, während andre Delegierte kritisierten, daß der Vorstand nicht für strengere Beachtung der Statuten Sorge getragen hat. Der Vorstand selbst wünschte, um diesem Zustande ein Ende zu machen, daß der Verbandstag einen besonderen Beschluß faßt, daß der Vorstand unter allen Umständen für die Einhaltung der statutarischen Bestimmungen Sorge zu tragen hat und daß in Zukunft der Vorstand keinerlei KonzeSSIONen machen darf.

Dem Vorstande wird hierauf mit allen gegen eine Stimme Entlastung erteilt.

In der Diskussion über den Bericht der Redaktion des „Grundstein“ wird von einigen Delegierten bemängelt, daß Artikel, die von Kollegen eingekauft sind, verschiedentlich kurzer Hand abgelehnt wurden und ihnen dadurch die weitere Mitarbeit verleidet wird. Ferner wird gewünscht, daß eine bessere und genauere Uebersicht über die Streikorte im „Grundstein“ gegeben wird. Der Delegierte von Essen a. d. R. wünscht, daß die Zeitarbeiter, welche von den Führern der „Christlichen“ Gewerkschaften gegen den Verband ausgenutzt und die Agitation besonders im Ruhrgebiet und Rheinland sehr erschweren, in dieser Form unterbleiben. In ähnlicher Weise äußert sich auch der Delegierte von Voßum. Der Delegierte von Nürnberg und andre wenden sich entschieden gegen eine derartige Rücksichtnahme auf die „Christlichen“ und erklären sich mit der Schreibweise des „Grundstein“, die eher noch schärfer sein könnte, im allgemeinen durchaus einverstanden.

Nachdem Redakteur Paepow über verschiedene Punkte Klärung gegeben und sich im übrigen ebenfalls gegen die angeregte Änderung der Schreibweise ausgesprochen hatte, wird beschloffen, daß die bisher üblichen Ehrenerkennungen im Interesse nicht mehr veröffentlicht werden und daß Versammlungsanzeigen im „Grundstein“ unentgeltlich aufgenommen werden sollen.

Der siebente Verbandstag des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter

In der Sitzung am Mittwoch wurde zunächst eine Kommission von 7 Mitgliedern zur Vorberatung der Statuten gewählt.

Darauf kam der Bericht des Vorstandes zur Verhandlung, der den Delegierten im Druck vorliegt. (Die Hauptpunkte daraus sind bereits in Nummer 75 des „Vorwärts“ wiedergegeben.)

Der Verbandsvorsitzende Behrend gab einige Erläuterungen und Ergänzungen zum Bericht. Die verankelte Statistik, die sich im wesentlichen auf Arbeitslosigkeit, Reisen, Krankheit und Streik der Mitglieder beschränkt, hat nicht das nötige Verständnis bei den Beteiligten gefunden und infolgedessen kein besonders brauchbares Material geliefert. Das Verhältnis zum Maurerverband, das zur Zeit des vorigen Verbandstages ein gespanntes war, ist durch einen Kartellvertrag geregelt worden. Der Redner äußert den Wunsch, dieser Vertrag möge nun auch nicht nur auf dem Papier stehen, sondern in dem Verhältnis der Mitglieder der beiden Organisationen zu einander tatsächlich zum Ausdruck kommen. Einen Auspruch, der auf dem vorigen Verbandstage gegen den Maurerverband gefallen ist und sich aus der derzeit herrschenden Erregung erklärte, nimmt der Redner zurück.

Der Kassierer Lange giebt sodann einige nähere Aufschlüsse zum Kassenerbericht und geht auf einzelne Vorkommnisse in den Zahlstellen ein.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Krüger-Berlin. Im Laufe der zwei Jahre, die der Ausschuss tätig ist, sind mancherlei Beschwerden eingegangen, aber nur ein Teil davon konnte als berechtigt anerkannt werden. Der Redner spricht schließlich den Wunsch aus, daß die Kompetenz des Ausschusses erweitert werden sollte.

Den Bericht des Redakteurs Töpfer-Hamburg ist zu entnehmen, daß Beschwerden gegen den Inhalt des Verbandsorgans „Der Arbeiter“ nicht eingelaufen sind. Nachdem der Umfang des Verbandsorgans nach Beschluß des vorigen Verbandstages von vier auf sechs Druckseiten erweitert wurde, hat sich der Redakteur sofort nach neuen tüchtigen Mitarbeitern umgesehen und besonders für gute Kritiker anstehenden Inhalts gefordert. Die Ausgaben für Mitarbeit sind dadurch gestiegen, jedoch nicht in dem Maße, als man angenommen hatte. Der Redner giebt am Schluß seiner Ausführungen die Anregung, es möchten doch von Mitgliedern genaue Aufzeichnungen über ihre Einnahmen und Ausgaben gemacht werden, um durch solche Haushaltsbudgets ein brauchbares Material zur Verteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder zu schaffen.

An die Berichte schloß sich eine eingehende Diskussion.

In der Nachmittags-Sitzung ist als Vertreter der General-Kommission der Gewerkschaften Legien erschienen. Aus der Debatte über den Vorstandsbericht, die in dieser Sitzung zu Ende geführt wurde, ging hervor, daß die in vorigen Jahre vom Hauptvorstand ausgeführte Ertragssteuer in mehreren Zahlstellen auf Widerstand gestoßen ist, so daß es nicht überall möglich war, die Mitglieder zur Zahlung dieser Beiträge zu veranlassen. Offenbar hat hierbei auch die schlechte Verfallsfrage erschwerend eingewirkt. Seitens des Hauptvorstandes wird dagegen hervorgehoben, daß die Ausschreibung der Ertragssteuer nicht zu vermeiden war. Weiter ist aus der Debatte zu entnehmen, daß an

mehreren Orten die Agitation durch die Konkurrenz des Fabrikarbeiter-Verbandes beeinträchtigt wurde, da auch dieser Verband Bauarbeiter aufnimmt und geringere Beiträge fordert. Es sollen nun, wie der Verbandsvorsitzende Behrend mittelst in nächster Zeit Verhandlungen zwischen den beiden Verbänden stattfinden, um diese Verhältnisse zu ordnen. Von der Generalkommission der Gewerkschaften ist eine Anregung in dieser Richtung ergangen. Die Entschloßungen des Ausschusses wurden von mehreren Delegierten abfällig beurteilt, namentlich bezüglich Ablehnung von Rechtschutz in einzelnen Fällen. Es handelte sich hierbei teilweise um Beurteilungen einiger Mitglieder zu schweren Strafen wegen kleiner bei Streiks vorgekommener Vergehen. Demgegenüber rechtfertigte Krüger die Tätigkeit des Ausschusses und erklärt, daß alle ihm vorgelegten Fragen nach besten Kräften gründlich geprüft und erledigt wurden. Gegen die Redaktion des „Arbeiter“ wurden nur geringe Beschwerden wegen Nichtaufnahme von Versammlungsberichten vorgebracht.

Aus Industrie und Handel.

Feierschichten im Ruhr-Kohlengebiet. Da in letzter Zeit aus dem Ruhrrevier bald die Einlegung von Feierschichten, bald wieder eine Zunahme der Kohlenförderung gemeldet wurde, hat sich die Redaktion des „Arbeitsmarktes“ an den Genossen Hub in Essen, den Leiter des Bergarbeiter-Verbandes, mit dem Ersuchen um Aufklärung der Sachlage gewandt. Hub schreibt:

Ihre Anfrage, ob wirklich auf den Ruhrzechen wieder umfangreiche Feierschichten eingelegt sind, oder ob es sich bei diesbezüglichen Meldungen nur um Einzelereignisse handelt, ist mit unbedingter Sicherheit nicht zu beantworten, da es an einer regelmäßigen vollständigen Statistik über den Beschäftigungsgrad der Arbeiter fehlt. Soweit das mir zur Verfügung stehende Material reicht, das sich auf die Zeit vom 1. bis 16. März bezieht, habe ich es für diesen Zweck durchgearbeitet und bin allerdings durch das Ergebnis überrascht. Denn wenn ich auch niemals daran geglaubt hatte, daß die Feierschichten bloße Ausnahmen seien, so hatte ich mir doch die Depression so weitgehend nicht vorgestellt, wie sie dieser erste Versuch eines zusammenfassenden Uebersichtes zeigt. Diesmal wurde im Ruhrrevier schon im Februar und Januar dieses Jahres vereinzelt gefeiert, aber sehr selten mehr als eine Schicht pro Monat. Der März hat dagegen schon in seiner ersten Hälfte auf einer ganzen Reihe von Schächten 2 und 3 Feierschichten gebracht. Mehrfach ist den Arbeitern für die nächste Zeit pro Woche eine Feierschicht angelündigt; die Norm wäre demnach auf solchen Gruben nur 5 Arbeitstage pro Woche.

Nachstehend verzeichne ich die Gruben bezw. Schächte, auf denen vom 1. bis 16. März schon ein bis drei Feierschichten eingelegt waren. Es sind dies:

Grünberg, Nahener Tiefbau I, II und III, Margaretha, Julia, Karoline, Wilhelmine Victoria I, Dahlhauser Tiefbau, Joller I, Dammbaum, Vöckel, Söhlage und Eisen, General Plumenthal III und IV, Eiberg II, Solland I und II, Ludwig, Hercules, Freiberg, Victoria, Dorffeld II, Hugo I, II und III, Graf Rolffe I und II, Gottesfegen, Mariame Steinband, Friedrich d. Gr., Meinelbe III, Joachim, Ernestine, Richard, v. d. Heide, Reddinghausen II, Zollverein IV und V, Entrecht Tiefbau, Kesselfen, Germania I, II, Stenhardt, Prinzregent, Graf West, Gustav, Wilhelm, Kaiserstuhl I.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch andre Schächte feierten, aber bis jetzt habe ich nur vorliegende in Erfahrung gebracht. Ihre große Zahl reicht vollumfänglich hin, um etwaigen Schönwettereigenen zutreten. Daß der Abzug der Ruhrzechen vom 1. bis 15. März arbeitstägig um 400 Doppelwaggons gegen den Vormonat zurückging, bestätigt jetzt auch die Bergpresse. Es kommt aber noch hinzu, daß die Vorräte sich häufen. So liegen z. B. auf Dahlhauser Tiefbau Kohlen in Masse auf Lager.

Die Hüttenzechen fördern ausnahmslos voll. Sogar sind dort Ueberschichten üblich. Ihre Förderung wird nur oder fast nur von den zugehörigen Eisenwerken verbraucht. Doch aber sonst die Situation in der Eisen- und Stahlindustrie durchaus nicht so optimistisch aufzufassen ist, wie es hier und da geschieht, beweist hinlänglich die enorme Zunahme der Feierschichten auf den Zechen, als die mildere Bitterung den Hausbrand einschränkte.

Wir haben schon in letzter Zeit mehrfach darauf hingewiesen, daß gegen Ende Februar eine neue Abflauung des Kohlenmarktes eingelegt hat. Der vorstehende Situationsbericht liefert dazu eine Bestätigung.

Zur Preispolitik der Kartelle liefert auch die Handelskammer in Köln in ihrem jüngst erschienenen Jahresbericht für 1902 einen Beitrag. „Das inländische Geschäft in Eisen- und Stahl, Drahtseilen und Drahtwaren“, so schreibt sie, „war zeitweise, zu Anfang des Jahres und im Herbst, recht reger, so daß im allgemeinen über Arbeitsmangel nicht geklagt werden konnte; der Jahresumsatz war sogar etwas größer als im Vorjahre. Die Preise litten dagegen unter dem Druck der ungünstigen Ausfuhrverhältnisse, die durch die überaus billigen Halbzeug-Verkäufe der deutschen Werke nach dem Ausland geschaffen wurden. Während die Halbpriese für den inländischen Bedarf durch den Halbzeug-Verband geregelt werden, machen die Werke für das Ausfuhr-geschäft ihre Preise selbst; infolgedessen ist unter dem Druck der Verhältnisse Halbzeug zu Preisen ausgeführt worden, welche 8—12 M. billiger waren, als die um die Ausfuhrvergütungen verstärkten Inlandpreise. So war an den englischen Verbrauchslagen deutsches Halbzeug dauernd bis zu 10 Sch. die Tonne billiger zu haben als englisches, was zur Folge hatte, daß die Ausfuhr von Fertigdraht nach Großbritannien ebenso wie nach den übrigen bisherigen Absatzgebieten erheblich zurückgegangen ist.“

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Baukempner. In der beschlußfassenden Versammlung vom Dienstag führte der Referent Cohen aus: Der Eintritt in den Streik sei durch den beabsichtigten Vertragsbruch der Kempnerinnung nunmehr unvermeidlich geworden. Zwar suche der Zimmerer-Vorstand in einem Circular die Schuld von sich abzumwälzen, doch alle Bemühtungen seien hier vergeblich, denn der von den Haupt-Zimmerngrößen ausgearbeitete Tarif beweist klipp und klar, daß sie mit voller Absicht den Vertrag gebrochen haben, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gesellen wieder zu verächtlichen. Hier einige Punkte aus dem Meistertarif: Der Lohn soll 55 Pf. pro Stunde betragen, d. h. nicht etwa der schon heute übliche Minimallohn, sondern der Durchschnittslohn, so daß die Meister auch dem besten Arbeiter nicht mehr wie 55 Pf. vertraglich zu zahlen hätten. Für Ausgelernte im ersten Jahr wollen sie 40 Pf. und im zweiten Jahr 45 Pf. bewilligen, während für dieselben bislang 45 resp. 50 Pf. bezahlt werden mußten. Des Sonntags wollen sie nur um 5¹/₂ Uhr Feierabend geben, während bis jetzt die Lohnzahlung um 5 Uhr beendet sein mußte. Fahrgeid soll nur nach freier Vereinbarung gezahlt werden usw. Die Meister haben aber noch einen umfangreichen Accordtarif ausgearbeitet, dessen Einzelzüge bedeutende Verschlechterungen gegen die bisherigen Normen enthalten. Seit der vorjährigen Lohnbewegung existierte überhaupt kein Accordtarif mehr, denn Accordarbeiten dürfen nur vergeben werden, wenn die Gesellen dies ausdrücklich wünschen. Die Meister wollen die Accordarbeit jedoch offiziell wieder einführen, wofür sich die Gesellen natürlich ein für allemal bedanken. Außerdem wollen die Herren ihrem Tarif eine Gültigkeitsdauer bis zum 1. April 1903 geben. Selbstverständlich denkt kein Kempner daran, einen derartigen Tarif anzuerkennen. Ihn nun den Meistertarif zur Anerkennung zu bringen, haben sich 21 der größeren Firmen verpflichtet, nur nach dessen Sagen zu entlassen. In diesem Zweck haben sie bereits am Dienstag eine Anzahl Arbeiter entlassen und zwar mit Entlassungszugewissen, die in aller Form eine Brandmarzung der Arbeiter bedeuten. Wie im vorigen Jahre, so haben auch diesmal die gesamten Bau-

Neunte Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Kassierer Wenker erläutert den vorliegenden Kassenbericht in eingehender Weise. Daß der Kassenbestand sich so bedeutend gehoben habe, sei darauf zurückzuführen, daß im vorigen Jahre nur wenig Lohnkämpfe zu unterliegen waren. Die Ausgaben für Gemeinnützigen-Unterstützung haben eine fortgesetzte Steigerung erfahren. Besonders seien die in Fabriken beschäftigten Lackierer der Maßregelung ausgeführt.

Huß (Vertreter des Ausschusses) sagt in seinem Bericht: Mit der Tätigkeit des Vorstandes in den letzten Jahren konnte sich der Ausschuss allgemein nicht einverstanden erklären. Ohne einzelne Fälle vorzuführen, müsse gesagt werden, daß vielen Beschlüssen des Vorstandes etwas Hastiges, Unfertiges anhafte. Die Beamten hätten trotz entgegenstehender Demutnisse vielfach mehr Energie an den Tag legen sollen. Es habe oft die feste Hand des Vorstandes gefehlt.

Andererseits schloß es in der Leitung der Filialen an einem festen Programm. Jede Filiale wird lediglich nach dem subjektiven Empfinden der jeweiligen Vorstände geleitet. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Es müsse aber auch dagegen Einspruch erhoben werden, daß einzelne Filialen sich ein Aufsichtsrecht über den Hauptvorstand anmaßten. Es scheinen sich auch in anderen Orten dieselben Verhältnisse anzubahnen, die vor Jahren in Berlin zur Verlegung des Hauptvorstandes geführt haben.

Ueber den Stand des Fachorgans berichtet Marx. Derselbe hebt hervor: Die Taktik des Lotzschweigens in den Organen des Unternehmens habe infolge der gegenseitigen Bedeutung der Organisation aufgehört und man sei zum Teil schon dahin gelangt, die Bewegung der Arbeiter objektiv zu würdigen.

Für die Prekominmission berichtet Schliert, daß hinsichtlich der Geschäftsführung kein Anlaß zu Tadeln vorhanden gewesen sei. An der Haltung des Blattes im speziellen habe die Prekominmission ebenfalls nichts zu monieren gehabt, wenn dieselbe auch der Meinung ist, daß das Blatt noch nicht in jeder Beziehung auf der Höhe steht.

Die Prekominmission empfiehlt eine Erweiterung des Fachorgans, um in Zukunft den Wünschen des Leserkreises mehr entsprechen zu können.

In der Diskussion, an der sich verschiedene Redner beteiligten, giebt Mey-Rixdorf dem Wünsche Ausdruck, daß der Vorstehende Tobler sich bemühen möchte, bei Redneren nicht die politischen Gefühle der Mitglieder zu verletzen. Tobler will den Gefühlen der parteibestrittenen Kollegen Rechnung tragen; aber bei der Behandlung des Themas „Neutralität der Gewerkschaften“ lasse es sich nicht vermeiden, etwas deutlicher zu werden.

Leinert-Pannover: Daß die Auskünfte des Hauptvorstandes miteinander in verletzender Zone gehalten sind, liegt vielleicht auch daran, daß die Anfragen selbst nicht klar sind oder sonst zu wünschen übrig lassen. Auf eine weitere Ausföhrung von Leinert-Pannover bin entspringt sich eine eingehende Debatte darüber, ob die Agitationskommissionen berechtigt sind, Ausgaben für die Agitation oder Bezahlung der Mitglieder am Orte ihres Sitzes zu machen. Vom Vorstand wird diese Berechtigung lebhaft bestritten.

Bilger-Karlstraße glaubt tadeln zu müssen, daß seitens des Vorstandes in Lackierergewerbe nicht die genügende Agitation entfaltet wird. Diese Behauptung wird vom Vorstande dahin richtig gestellt, daß die Karlsruher Mitglieder daran selber Schuld tragen, weil sie die Initiative zur Organisierung der Lackierer nicht ergriffen haben.

In der Nachmittags-Sitzung wünscht Schröder-Bremen, daß mehr Propaganda für die Maler und den Achtsundentag gemacht werde. Kanne-Bremen hält es für notwendig, daß im Fachorgan der Zusammenschluß aller Bauarbeiter-Organisationen mehr als bisher gefördert wird.

Es folgte dann eine ganze Anzahl von Rednern, die ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Verwaltungskörperschaften des Verbandes ausdrückten.

Die folgende Debatte drehte sich hauptsächlich um Vorgänge am Orte des Hauptvorstandes, sowie um den Ton in gegenseitigen schriftlichen Verkehr zwischen Hauptvorstand und Filialen. Des weiteren drehte sich die Debatte um die Kompetenzen der Agitationskommissionen.

Linke-Berlin führt aus, daß alle die erhobenen Beschwerden nur geringfügiger Natur, und soweit dieselben berechtigt seien, ihren Grund in der Unzulänglichkeit der geschäftlichen Einrichtungen des Verbandes haben. Es müsse ausgebrochen werden, daß die dem Verbande zur Verfügung stehenden Kräfte die Unmasse der Arbeit bei aller Aufopferung nicht bewältigen können. Die Berliner Mitglieder würdigen die Tätigkeit des Vorstandes in vollstem Maße. Auch das Fachorgan habe sich seinen Aufgaben gewachsen gezeigt.

Huß (Ausschuhvertreter) begründet seine Kritik der Vorstandstätigkeit damit, daß beispielsweise in der Kleintuchfrage vor wenigen Wochen in dem Vorstande noch keine einheitliche Ansicht vorhanden gewesen sei. Es hätten in Gemeinschaft mit dem Vorstande der Krankenkasse in dieser Sache statistische Erhebungen stattfinden müssen. Redner wiederholt jedoch, daß in der Hauptsache die Schuld an den unzulänglichen Einrichtungen, Mangel an Zeit und Arbeitskräften z. liege.

Tobler meint, die von Huß angeregte Kritik sei durchaus nicht von der Hand zu weisen. Es liege aber in der Natur der Sache, daß in jeder aufwärts strebenden Organisation eine gewisse Hast und Unfertigkeit sich bemerkbar machen muß.

Nach einem Schlusswort des Vorstehenden Tobler wird den gesamten Funktionären einstimmig Decharge erteilt.

Lokales.

Was die Arbeit der Reinmachefrauen einbringt, davon könnten die Inhaber der sogenannten „Reinigungs-Institute“, die den „Herrschaften“ allerlei Dispositionen für häusliche Dienste auf einzelne Tage zur Verfügung stellen, recht interessante Dinge erzählen. Die meisten Leute sind der Ansicht, daß man mit Reinmachen, Waschen, Plätten und ähnlichen Arbeiten keine großen Reichümer sammeln kann. Das trifft auch zu für alle diejenigen, die so thöricht sind, selber als Reinmachefrau, Aufwartefrau, Waschfrau usw. zu gehen. Aber die „Direktoren“ und „Direktorinnen“ der „Reinigungs-Institute“ sind klüger. Sie betreiben nur das Geschäft, die von den „Herrschaften“ etwa benötigten Arbeitskräfte anzunehmen und bereit zu halten, sie bei Bedarf gegen Entgelt zu beschicken und sich Tag für Tag von dem Betrage, den die „Herrschaften“ dafür zahlen müssen, ihren Verdienst abzuziehen. Dieses Geschäft ist natürlich erheblich bequemer und lohnender, und man darf sich daher nicht wundern, daß die „Direktoren“ und „Direktorinnen“ viel rascher zusetzen, als die Frauen, die von ihnen ausgeliehen werden. Was ihnen die Arbeit der reinmachenden, aufwartenden, waschenden, plättenden Frauen einbringt, davon könnten sie, wie gesagt, manches Lehrreiche erzählen, wenn sie reden wollten.

Mit einem dieser Herren „Direktoren“, dem Inhaber des „Reinigungs-Instituts Centrum“, haben wir und kürzlich beschäftigt. Im Anschluß an die Mittelungen, die wir über den Geschäftsbetrieb dieses Herrn gemacht haben, wird uns über ein anderes Unternehmen gleicher Art, das „Central-Reinigungs- und Personal-

Verleih-Institut“ von Grigoleit, Köpnickstr. 49, aus den Erfahrungen einer Reinmachefrau berichtet. Dieses Institut verdient an dem Geschäft des Ausleihens arbeitender Frauen sogar noch mehr. Eine Reinmachefrau z. B. bekommt hier von den 1,75 M., die die „Herrschaft“ zahlen muß, nur 1 M. Dabei wird in dem Prospekt reklamehaft versichert, daß „dem Personal, im Gegensatz zu ähnlichen Instituten, fast der ganze Verdienst direkt zukommt!“ Auch das Grigoleit'sche Institut warnt übrigens die „Herrschaften“ wie die arbeitenden Frauen, unter Umgehung dieses Personal-Verleih-Geschäfts eine Weiterbeschäftigung zu verabreden, und versichert, daß bei Vertrag, der gerichtlich verfolgt werde. Der Prospekt behauptet dreist, die Frauen seien „Angestellte“ des Instituts. Davon kann gar keine Rede sein. Ein solches Personal-Verleih-Geschäft ist nichts anderes als ein Vermittlungs-Bureau, um mit dem Unterschied, daß der Personal-Verleiher die Arbeit immer nur für einzelne Tage vermittelt und daß jeden Tag neu vermittelt wird. Dem entsprechend wird dann auch jeden Tag von neuem der Vermittlungs-Verdienst eingestrichen, indem er von dem Lohn abgezogen wird, den die Frauen selber von den „Herrschaften“ einlassen und am Abend an das Institut abliefern.

Das Verfahren dieser Unternehmer männlichen oder weiblichen Geschlechts, die sich mit dem Ausleihen von Menschen beschäftigen, ist sehr klug ausgedacht. Aufheinernd wird den Frauen damit genügt, daß ihnen die Mühe der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit abgenommen wird. Thatsächlich werden sie in der Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu verwerten, in empfindlicher Weise beschränkt und geraten in drückende Abhängigkeit von ihrem Ausleiher, der nach Kräften bemüht ist, sie von den „Herrschaften“ und damit von der Arbeitsgelegenheit zu trennen. Solche Institute könnten, wenn sie von Vereinigungen oder von der Kommune geleitet würden, sehr segensreich wirken; denn der Gedanke, die Arbeitsbeschaffung auch für Reinmachefrauen und ähnliche Hilfskräfte durch eine Vermittlungsstelle ausführen zu lassen, ist an sich durchaus richtig. Aber in der Hand profitgieriger Geschäftsleute müssen solche Unternehmungen zu einer Geißel für die arbeitenden Frauen werden.

Ein Mandat niedergelegt hat der Stadtverordnete Ingenieur Wolff aus Gesundheitsrücksichten. Er vertrat die II. Abteilung des 15. Gemeinde-Wahlbezirks.

In Vermächtnissen und Geschenken zu wohlthätigen Zwecken sind im Monat Februar d. J. bei der städtischen Verwaltung 12 400,92 M. eingegangen.

Zur Paketbeförderung erläßt die Ober-Postdirektion folgende Bekanntmachung: Zur Vermeidung von Weiterungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß für die Zeit vom 5. bis einschließlich 12. April im inneren deutschen Verkehr die Vereinnigung mehrerer Pakete zu einer Postpalette nicht gestattet ist. Auch für den Auslandsverkehr wird dem Publikum empfohlen, während dieser Zeit in seinem eignen Interesse zu jedem Paket besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Baumhände. Die Firma S. Berndt, Friedrichstr. 125 wohnhaft, führt in der Jägerstr. 1 in Rixdorf einen Neubau, welcher angeblich bis zur III. Etage gediehen ist, aus. Auf diesem Bau herrschen unbeschreibliche Mißstände bezüglich der Küftung und Abdeckung der Balkenlagen. Die auf dem Bau beschäftigten Maurer forderten wiederholt die Abdeckung der Balkenlagen der I. und II. Etage. Alle Vorstellungen der Maurer bei dem Maurerpolier des Baues blieben ohne Erfolg. Am Mittwochvormittag wurde ein Mitglied der Verbandsleitung beim Polier vorstellig und forderte sofortige Abstellung der Mißstände. Hierbei erklärte der Polier, seine Funktion sei zu Ende, er habe die Firma von den Zuständen in Kenntnis gesetzt, und wenn diese keine Abhilfe schaffe, so sei er nicht verantwortlich. Die Maurer waren angeführt der dringenden Gefahr für Leben und Gesundheit mit dieser Antwort nicht zufrieden, und auf Wunsch aller aus dem Bau beschäftigten Arbeiter wurde die Polizei von den Zuständen benachrichtigt. Ein Polizeileutnant erschien in wenigen Minuten und inhibierte angeführt der kolossalen Mißstände sofort den Bau, und zwar so lange, bis alle vorhandenen Mißstände beseitigt sind. Die Firma S. Berndt ist eine der größten Bau-nirmen in Berlin. Wohl über 200 Maurer sind zur Zeit bei derselben beschäftigt. Nicht oft schon mußten die Vertreter der organisierten Maurer ihren ganzen Einfluß geltend machen, damit nicht wegen der unbeschreiblichen Mißstände sofortige Arbeitsniederlegungen erfolgen. Ein Musterbau in dieser Hinsicht ist der Neubau in der Schäfer- und Neuen Jacobstraße. Dort kann man beobachten, wie die Maurer in der vierten Etage an der Arbeit sind, und unter ihnen, ohne jedwede Schuttbordung geschützt, andre Arbeiter ihre Arbeit verrichten. Es wird von den bei der Firma beschäftigten Arbeitern von dieser Stelle dringend gewünscht, daß die Kontrollkommission der Nordöstlichen Bau-Berufsgenossenschaft den Bauten dieser Firma mehr Aufmerksamkeit als wie bisher widmen. Eine exemplarische Strafe seitens der Genossenschaft gegenüber dieser Firma wäre dringend am Platze. Wie wäre es, wenn die Firma in der Gefahren-Klasse avancierte?

Die Baumblüte in Werder hat ihren Anfang genommen und wird bei Eintritt wärmerer Witterung bereits im Laufe der nächsten Woche zur vollen Entfaltung gelangen, eine Erscheinung, die von den ältesten Obstgärtnern des lieblichen Havelstädtchens bis jetzt noch nicht beobachtet worden ist. Die Knospen der frühen Pfämen haben sich bereits zur Blüte entfaltet, in deren grünlich schimmerndes Weiß sich das zarte Rosa der Aprikosen und Pfirsiche gemischt, die angeführteren Stellen ebenfalls schon zur Blüte gelangt sind. Die frühen Ästchen sind mit schwellenden weißen Knospen bedeckt, die unter dem Einflusse warmen Sonnenscheins, wie wir ihn in der vergangenen Woche hatten, in wenigen Tagen aufspringen werden. Es ist also auf jeden Fall schon für Narfreitag und die Osterfeiertage in untrer märkischen Obstkammer auf eine gut entwickelte Baumblüte zu rechnen. Beim Wiederertritt sonnigen Wetters aber wird, wie gesagt, das weite Obstkland schon am Palmsonntag einen schönen Anblick darbieten.

Von der Kreispolizei beschlagnahmt wurde die Leiche des 1/2 Jahr alten Kindes Margarete Stein aus der Verlebergerstr. 11, das am Dienstagmorgen plötzlich starb, ohne daß es vorher krank gewesen war. Als die Mutter morgens aufwachte, fand sie das Kind nur noch schwach röchelnd im Bette liegen. Bald darauf starb es. Ein Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen.

Erstickten hat sich aus Abneigung gegen den Kaufmannsberuf, in den er als Lehrling eintreten sollte, in der vergangenen Nacht der 17 Jahre alte bisherige Oberkonditorer Fritz Kraft aus der Lotz-ringerstr. 82a. Der junge Mann besuchte das Sophien-Realschulhaus in der Weimarerstraße. Nach Schluß des Schuljahres sollte er bei seinem Vater, der an der Ecke der Lotzring- und Schönhauserstraße eine Cigarrenfabrik inne hat, die Lehre beginnen. Gestern mittag kam er aufgeregter nach Hause, legte seine Schulsachen hin, ging, ohne ein Wort zu sagen, wieder weg und ließ sich nicht wieder sehen. In der vergangenen Nacht betrat er gegen 1 1/2 Uhr die Kammer an der Ecke der Marzgrafen- und Taubenstraße. Da er am ganzen Leibe zitterte, fragte ihn die Wärterin, ob er krank sei. Die Frage ver-

neinte er. Kaum hatte nun die Frau die Thür hinter ihm geschlossen, als er sich aus einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe schoß. Das Geschloß drang auf der linken Seite aus dem Kopfe wieder heraus. Droschkenfahrer und ein Schuhmann, die auf die Hilferufe der Wärterin herbeiliefen, wollten den Schwerverwundeten mit einem Wagen nach der Unfallstation in der Kronenstr. bringen, er starb aber schon unterwegs, so daß der Arzt nur noch den Tod feststellen konnte.

Unter dem dringenden Verdacht eines Giftmord-Verfuches ist der Kaufmann Otto Fischer, Tempelhoferstr. 1a in Schöneberg wohnhaft, in Untersuchungshaft genommen. F. ist seit etwa fünf Jahren verheiratet, lebte jedoch mit seiner Frau zeitweise in Unfrieden und es kam oft zwischen den Gatten zu Zwistigkeiten, die angeblich durch vermehrte Grundsüden veranlaßt wurden. Frau F. hatte ein nicht unbeträchtliches Vermögen mit in die Ehe gebracht und dieses festgelegt und dieser Umstand scheint mit Veranlassung zu den Streitigkeiten gegeben zu haben. In letzter Zeit jedoch lebten die Gatten in besser Harmonie und als Frau F. sich nicht ganz wohl fühlte, nahm ihr Mann Veranlassung, ihr den Kaffee morgens zu bereiten. Der Zustand der Frau F. besserte sich jedoch keineswegs, vielmehr stellten sich bei ihr Krampfanfälle ein und da sie auch bei dem ihr von dem Manne verabfolgten Kaffee einen Nebengeschmack zu erkennen glaubte, ließ sie eine Probe desselben durch einen Chemiker untersuchen. Dieser stellte fest, daß sich in dem Getränk Jodkali befand und sie erstattete darauf hin Anzeige bei der Kriminal-polizei. Fischer wurde gestern verhaftet und er gab auch ohne weiteres zu, dem Kaffee Jodkali beigelegt zu haben. Er behauptet, daß er eines bestimmten Leidens wegen vor seiner Verheiratung eine Jodkali-Kur habe durchmachen müssen und da er annahm, daß seine Frau an derselben Krankheit leide, hätte er den Versuch gemacht, sie auf diese Weise zu heilen. Die Kriminalpolizei schenkt dieser Darstellung natürlich keinen Glauben.

Ein Opfer der Straßenbahn ist der 45 Jahre alte Steinbrüder Boitschak aus der Kaunstr. Nr. 8 geworden. Er wollte am Sonntag vor acht Tagen nach dem Strohhof in Brix gehen, um das Grab eines Verwandten zu besuchen. In der Stahlfersstraße lastete ihn ein Straßenbahnwagen, warf ihn um und verletzte ihn schwer am Kopfe. Durch den Sturz zog er sich auch noch einen Bruch der Wirbelsäule zu. Von der Rettungswache in der Adolfsstr. wurde der Verunglückte auf seinen ausdrücklichen Wunsch nach seiner Wohnung gebracht, aber schon am nächsten Morgen mußte er nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt werden. Dort ist er jetzt seinen Verletzungen erlegen.

Ein dreier Einbruchdiebstahl ist in der Nacht zum Sonntag, wie nachträglich gemeldet wird, auf dem Grundstück des königlichen Domänen-Kontamts, Neue Friedrichstr. 5-8, verübt worden. Auf dem großen ausgedehnten Grundstück befindet sich die Reichsdeutsche Expeditionslager, auf welcher gewöhnlich Tag und Nacht Expeditions- und Bodenarbeiter beschäftigt sind. Nur in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag sind die Arbeiter nicht anwesend, und diesen Umstand benutzten Diebe, um einen der Speicher zu erschleichen und aus demselben zwei wertvolle Fahrräder und 6000 Cigarren zu rauben. Zur Fortschaffung der Beute haben sich die Diebe vermutlich eines Wagens bedient. Die geschädigte Firma hat auf die Ermittlung der Thäter eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt.

Ein vierjähriger Durchbrenner. In einer Konditorei in Pantow ertwischt wurde ein ganz kleiner Durchbrenner aus Berlin. Der vier Jahre alte Sohn Gustav des Bahnarbeiters Rhode aus der Kolbergerstr. 27 spielte am Sonnabendnachmittag vor der Thür auf dem Bürgersteig. Da fiel es ihm ein, daß das schöne Wetter doch eigentlich zu einem größeren Spaziergange so recht einlade. Flugs machte er sich auf den Weg und wanderte nach Pantow. Dort bekam er es aber doch mit der Angst, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, verfiel er auf ein erprobtes Mittel, indem er henkte, daß es auch den härtesten Menschen jammern mußte. Mit kluger Berechnung aber hatte er zum Schluß dieser Demonstration den Bürgersteig vor einem Konditorladen ausgesucht. Alle Vorübergehenden, die zu beruhtigten, blieben draußen erfolglos, sobald man ihn aber in den Laden hineinführte und ihm die schönsten Süßigkeiten gab, begann er schon mit dem ganzen Geschrei zu lachen, während ihm noch die letzten Ausläufer des reichlichen Thranenstromes über die Waden rollten. Als er sich nun ganz beruhigt hatte, fragte man ihn, woher er komme und wie er heiße. Aber der kleine Schlammeier hatte alles vergessen, so gut gefiel es ihm in der Konditorei. Erst am Montag brachte man heraus, wer er war, so daß man ihn wieder nach Hause befördern konnte.

Feuerbericht. Die Feuerwehre hatte gestern in der Leipzigerstr. 59 einen Brand zu löschen, der viel Arbeit verursachte. Dort stand im Übergange auf dem 2. Hofe bei Parlois das Erdgasrohr in Flammen. Es mußte von der 8. Compagnie längere Zeit Wasser gegeben und das Zwischengeschloß freigelegt werden. Durch Ueberlothen von Öl kam in der Rittersstr. 16 Feuer aus und durch die Explosion einer Petroleumlampe in der Dronheimerstr. 3c. Außerdem wurde die Feuerwehre noch nach der Neuen Friedrichstr. 37 und anderen Stellen gerufen.

Henry Bender als Anna Roshe! — diese spiritistische Ueber-raschung steht dem Publikum des Metropol-Theaters als neues parodistisches Intermezzo, in der satirischen Revue Julius Freund's „Neueste! Neueste! Neueste!“ bevor. Die erste Seance findet am Freitag, den 3. April statt. Es gelangen willkliche Apporte zur Erscheinung und Emil Thomas' Sermisimus, welcher der Seance beivohnt, wird nicht ermangeln, sie mit den geistreichsten Erklärungen zu begleiten.

Circus Schumann bleibt nur noch wenige Tage in Berlin, dann verläßt er die deutsche Metropole, um an anderer Stelle neue Vorbereren zu ernen. Looping the Hoop, die letzte große Ueber-raschung, welche die unerlöbliche Direktion für die Berliner Saison verpflichtete, läßt täglich Tausende in den Circus strömen. Looping the Hoop! So heißt für die letzten Tage des Berliner Aufenthalts die Devise des so beliebten Circus.

Aus den Nachbarorten.

Rummelsburg-Bezogen. Die Parteigenossen und Genossinnen werden auf die heutige 8 o m n u n a l w a h l e r - V e r s a m m l u n g in Bellevue, abends 8 1/2 Uhr, aufmerksam gemacht, wo die Genossen Gebauer und Ritter über ihre Tätigkeit in der Gemeindevertretung sprechen werden. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Vertrauensmann.

Ober-Schönevide. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kaufholl, Wilhelmminnenhofstraße 18, eine Versammlung des Wahlkreises statt. Tagesordnung: Berichterstattung aus der Gemeindevertretung, Vereinsangelegenheiten. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Brix. In der am Freitag abgehaltenen Sitzung der Gemeinde-vertretung wurde beschlossen, die Nachbargemeinden Berlin mit 5184 M., Rixdorf mit 2407 M. und Nieder-Schönevide mit 5200 M. für das Steuerjahr 1903 für Kinder, deren Väter in den genannten Orten arbeiten, zu den Schulunterhaltungskosten heranzuziehen. — Vor Besprechung des Etats wurde das Anfangsgeschäft der Kandidaten von 1903 auf 1200 M. erhöht. Ihre Genossen stimmten dem selbstverständlich zu. Auch wurde das Anfangsgeschäft der Assistenten von 1500 auf 1600 M. erhöht.

Im April beginnen die Charlottenburger Wasserwerke mit dem Verlegen der Wasserrohre im Orte.

Neu-Weikensee. Der diesjährige Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 840 000 M. gegen 780 000 M. im Vorjahre ab. Hiervon entfallen auf die allgemeine Verwaltung: Einnahme 33 000, Ausgabe 111 500 M. Armenverwaltung: Einnahme 29 000, Aus-

